

Pf 1921. 655

F. d. G. 91  
8

VI. Jahrgang

Berlin, den 6. Januar 1922

Nummer 1

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16  
Krausenauer Straße 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3105/05

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 6 Mt.

## Rückblick auf das Jahr 1921.

### I. Allgemeines und Politisches.



Wie alljährlich wollen wir auch diesmal unserem Leserkreis eine kurze Jahresübersicht bieten, um die Wirkungen des Wirtschaftslebens in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung aufzuzeigen und daraus die Nutzenwendung für das Kommende zu ziehen. Seit 1914 ist der wirtschaftliche Druck nicht von uns genommen und noch immer leben wir in einer „Ubergangszeit“, von der niemand sagen

wie lange sie dauert. Insbesondere haben die Auswirkungen des Pariser Friedensvertrages sich im Wirtschaftsjahr 1921 im erheblichen Maße bemerkbar gemacht. Das Londoner Ultimatum angeht, ergab sich eine erste Entschärfung des Wirtschaftsjahres. Aber auch die Entscheidung Oberschlesiens hat gewaltig auf die gesamte Wirtschaftswirtschaft gewirkt. Die sogenannten „Sanktionen“ sowie die wirtschaftlichen und militärischen „Sanktionen“ haben, ferner die sogenannten „Sanktionen“ allein haben weiter beigetragen, daß Deutschland in einer Angst in die andere gejagt wurde und noch immer kein rechtes Selbstgefühl gewonnen kommen will. Durch das Londoner Ultimatum hat die deutsche Volkseeine Schuld von Milliarden Goldmark angekreidet worden ist, sind demzufolge des jeweiligen Valutastandes ausgelegt, so daß die deutschen Leistungen schwer ins Unbegrenzte gestiegen sind, wenn die deutsche Valuta so gewaltig im Werte gesunken ist.

Nicht nur diese fürchterlich unvernünftige Reparationspolitik der Entente hat zur Unsicherheit aller Verhältnisse in Deutschland so erheblich beigetragen, sondern auch die Ueberforderung Deutschlands mit den Papiernoten der Reichsbank (Inflation) betrug im Januar 1921 66,5 Milliarden und Ende des Jahres 1921 über 105 Milliarden Mark. Die Regierung die erste Reparation bezahlen. Bei der Beschaffung der zweiten Rate (15. Januar) besteht eine so große Schwierigkeit der Devisenbeschaffung, daß im November der Dollar bis auf 310 Mt. (Friedensstand 4,20 Mt.) hochgetrieben wurde. Auch jetzt Ende des Jahres 1921, steht der Dollar auf fast 200 Mt. bedeutet natürlich eine ungeheure Erschwernis von

fuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen usw. Wie neuerlich verlautet, haben die Verhandlungen auf eine vernünftiger Gestaltung des Reparations-Reglements einige Erfolgsaussichten. Immerhin ist es auch für die nächsten Monate noch recht wahrscheinlich, daß einzelne Schwierigkeiten sich weiter anhäufen, zumal die Weltwirtschaftskrise sich in den Siegerländern im stärksten Maße auswirkt und möglicherweise Deutschland mit in seinen Strudel reißt. In Amerika z. B. waren zurzeit über 6 Millionen Arbeitslose, in England 2 Millionen usw. Im Gegensatz hierzu ist bei uns insofern unseres Exports der Arbeitsmarkt dauernd besser geworden. So waren z. B. am 1. Januar 1921 410 000 Vollerwerbslose, am 15. Dezember 1921 kaum noch 150 000. Letzteres entspricht etwa den Zeiten der früheren Hochkonjunktur 1907 und 1912. Andererseits ist durch die Valuta auch eine gewaltige Preissteigerung der Inland-Waren erfolgt, zumal Textil- und andere Waren von Ausländern massenhaft aufgekauft worden sind.

Nimmt man als Indeziffer für Lebensmittel und Industriestoffe für 1913 die Ziffer 100 an, so hatten wir im Januar 1921 etwa dafür 1500, das heißt, das 15fache zu zahlen und im November 1921 3500, das heißt das 35fache.

Es bedarf keiner ausführlichen Darlegung für unsere Kollegen, daß es trotz aller Kämpfe, Streiks usw. den Arbeitern nicht entfernt gelungen ist, die gewaltige Differenz durch Lohnerhöhung usw. auszugleichen. Die politischen Verhältnisse in Deutschland haben sich bei den Wahlen im letzten Jahre erheblich geklärt. Leider nicht zugunsten der Arbeiterchaft. Fast überall war ein Anschlagwellen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei festzustellen. Auch das Zentrum behielt seine feste Stellung. Hingegen hatten sowohl die bürgerliche Demokratie als auch die Sozialisten erhebliche Stimmverluste aufzuweisen. Von den drei sozialistischen Gruppen ist die USP. von ganz gewaltigen Verlusten betroffen, während die Kommunisten an manchen Orten noch einige Fortschritte machten, die aber nicht entfernt einen Ausgleich schufen. Immerhin ist festzustellen, daß eine gewisse Annäherung der drei Arbeiterparteien sich in manchen Landesteilen beobachtet. Diese führten auch zu einer Koalition der

**NEUJAHR 1922**

Zwölf dumpfe Schläge hallen durch die Nacht.  
Es schlägt des alten Jahres letzte Stunde,  
und aus der Gloden erzernem Munde  
ertönt's wie Jubelklang: „Es ist vollbracht!“

Jetzt ist das neue Jahr gekommen,  
das alles Schlechte, Morsche überwindet,  
und das auf neuem Boden fest gegründet,  
zum Ziele führt, das es vom alten übernommen.

Hört Brüder, was die Gloden uns verkünden:  
Das Ziel ist nah, nach dem wir streben,  
um das wir kämpften, hart und schwer im Leben.  
So laßt gemeinsam uns die letzten Wege finden.

Stehn wir zusammen, fest in einem Bunde,  
in einem Willen, unsre Macht zu zeugen,  
dann muß sich alles Unrecht vor uns beugen,  
und endlich schlägt der freien Arbeit Stunde. W. R.



Sozialisten in den Freistaaten Sachsen, Thüringen und Braunschweig. Dagegen ist in Bayern nach wie vor die Reaktion obenauf, trotz der Umwandlung des Ministeriums Rahr in ein Ministerium Verchenfeld.

Der Einheitswille der Arbeiterschaft ist zwar vorhanden. Es scheint aber ein recht langwieriger Verhandlungsprozeß zu sein. Wir wollen nicht hoffen, daß wir erst durch Schaden belehrt werden müssen wie beim Kapp-Putsch. Innerhalb der Arbeiterschaft der SPD. wurde neuerdings die Frage auf dem Göttinger Parteitag zur Entscheidung gebracht, ob man, solange eine Einigkeit der Arbeiterschaft politisch nicht zu erzielen sei, den bürgerlichen Parteien die gesamte Regierungsmacht allein überlassen oder eventuell einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei zustimmen kann. Das letztere ist zwar zum Beschluß erhoben, doch ist die Auswirkung erst für Preußen erfolgt.

Die Notlage des Reiches hat es mit sich gebracht, daß die Groß-Kapitalisten versuchten, einen politisch-wirtschaftlichen Einfluß im stärksten Maße wieder zur Geltung zu bringen. Um die notwendige Devisenrate aufzubringen, hatte sich die Regierung an die Großindustriellen gewandt. Diese stellten unter Führung von Stinnes die unerschöpfte Forderung, die Eisenbahn dem Privatkapital zu überlassen oder doch wenigstens ihnen den entscheidenden Einfluß einzuräumen. Erfreulicherweise nahmen weite Kreise der Bevölkerung, von der Arbeiterschaft nicht zu reden, gegen diesen Versuch der Entsozialisierung Stellung. Zu alledem muß gesagt werden, daß der Sozialisierungsgedanke im verfloßenen Jahr nicht um einen Schritt vorwärts gekommen ist, nicht einmal der Versuch einer planmäßigen Wirtschaft ist in Erscheinung getreten, trotz der andauernden Forderungen der Arbeiter.

Ueber die Preußenwahl vom Februar 1921 haben wir kürzlich berichtet. Die Märzkämpfe in Mitteldeutschland haben leider zu schweren Beurteilungen geführt und der Arbeiterschaft, wie man jetzt wohl mit Bestimmtheit sagen kann, keinen Fortschritt gebracht in ihrem Befreiungskampf. Zielmehr ist im Gefolge der Märzkämpfe eine Opposition über die Art, wie diese Kämpfe geführt wurden, innerhalb der SPD. entstanden. Diese bildete nach ihrem hinauswurf aus der SPD. eine Arbeitsgemeinschaft. Neuerdings wird die Opposition von Friesland und anderen Führern fortgesetzt.

Noch immer unbefriedigend sind die Steuerfragen in Deutschland. Während den festbesoldeten Arbeitern, Angestellten und Beamten zehn Prozent ihres Lohnes ohne weiteres abgezogen werden, ist die Steuerabgabe für die Besitzenden und Groß-Kapitalisten noch nicht abgeschlossen, so daß zum Teil nicht einmal die Steuern von 1920 eingezogen werden konnten. Die wachsende Geldbewertung, die finanzielle Notlage des Staates (die durch den Notendruck natürlich nicht aus der Welt geschafft wird), ist nicht einzudämmen, solange keine energische Hand die Besitzsteuern und die Erfassung der Sachwerte durchsetzt.

Es ist daher kein Wunder, daß sich die Besitzenden wieder in ihren Machtbefugnissen stärker fühlen als je und es ist bezeichnend, daß unsere Justiz wohl für die Kommunisten beim Märzputsch schwere Strafen schon nach wenigen Monaten erstellte, die Urheber des Kapp-Putches aber sind erst im Dezember 1921 zur Rechenschaft gezogen worden. Von den sieben Angeklagten waren obendrein vier im Ausland verschwunden. Schiele und Wangerheim wurden freigesprochen, und es wirkt beinahe wie ein Wunder, daß wenigstens der verfloßene Polizeipräsident von Jagow 5 Jahre Festungshaft wegen Hochverrats erhielt. Bei der Prozeßverhandlung trat zutage, daß einer der Hauptmitschuldigen der General Lubendorff ist, der aber erst gar nicht angeklagt wurde. Hier hat die Justiz entschieden noch etwas nachzuholen.

Wir möchten diese politische Betrachtung nicht schließen, ohne die erneute Mahnung an alle diejenigen zu richten, die sich in der politischen Arena betätigen, sich klar zu machen, daß im heutigen Deutschland genau wie vor dem Kriege nur eine einzige starke Arbeiterschaft sich politisch durchsetzen kann. So-

lange wir die politische Herrschaft in sozialistische und kommunistische Parteien haben, erscheint es ausgeschlossen, daß die Arbeiterschaft sich in die Politik erhebt. Denn die Hilfe von außen, die uns im ersten und zweiten Revolutionsjahr angedient wurde, ist nicht gekommen und wird nicht kommen. Vielmehr, daß auch die ausländische Arbeiterschaft (sogar in den eigenen Ländern zu ringen hat. Rußland kämpft dem Hunger (wie auch aus unserem Feuilleten ersichtlich ist). Frankreichs Arbeiterschaft ist viel zu schwach, um nationalen Treiben der chauvinistischen Kreise ihres Landes entgegenzutreten zu können, England und Amerika sind schwerer unter der Arbeitslosigkeit und im letzteren kommt noch hinzu, daß die Sozialisten keinen großen Einfluß haben, ja daß der einzige Parlamentssozialist in den letzten Jahren im Gefängnis schmachtet und wie verlautet, erst nächst durch einen Gnadenakt des Präsidenten freigesetzt werden soll. Immerhin ist ein neuer Versuch im Gange, wenigstens die internationale Arbeiterschaft zu gewinnen. Ob das indessen gelingt, bleibt abzuwarten.

So sind die politischen Perspektiven für das neue Jahr nicht erfreulich, und es bedarf der angespanntesten Aufmerksamkeit aller Kreise, um den vielen Gefahren zu begegnen, die eine weitere Verschlechterung der politischen und gewerkschaftlichen Situation im Gefolge haben. Einmütig mitzuarbeiten, ist jedermanns Pflicht.

### Änderung des Einkommensteuergesetzes

Nr. 117 des „Reichsgesetzblattes“ vom 23. Dezember 1921 enthält die Änderung des Einkommensteuergesetzes. Vom 1. Januar 1922 ab ist unter einem Steuer- bzw. Rechnungsjahr dasjenige Kalenderjahr zu verstehen. Es ergibt sich somit, daß jeder Steuerpflichtige für das Steuerjahr 1922, beginnend mit dem 1. Januar, eine neue Steuerart dem Arbeitgeber vorzulegen hat. Artikel 42 a und 42 b ändert sich der Ermäßigungsatz sowie die Höhe der Werbungskosten in Anrechnung zu bringenden Summe. Der von 10 Proz. ermäßigt sich:

1. Bei monatlicher Lohnzahlung für den Steuerpflichtigen 20 RM., für die Ehefrau um 20 RM., für jedes Kind um 10 RM. und an Werbungskosten um 45 RM.

2. Am Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen beträgt der Ermäßigungsatz für den Arbeitnehmer 4,80 RM. für dessen Ehefrau ebenfalls 4,80 RM., für jedes Kind 2,40 RM. und an Werbungskosten 10,80 RM.

3. Wird der Arbeitslohn für volle Arbeitstage gezahlt, so beträgt der Ermäßigungsatz pro Tag für den Mann 80 Pf., für die Ehefrau 80 Pf., für jedes Kind 1,20 RM., für Werbungskosten 1,20 RM.

4. Erfolgt die Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume, so beträgt der Ermäßigungsatz für je zwei Stunden oder volle Arbeitsstunden für den Arbeitnehmer 20 Pf., für die Ehefrau 20 Pf., für jedes Kind 30 Pf., für Werbungskosten 30 Pf.

Besonders weisen wir darauf hin, daß die Arbeitsstättensteuer für solche Kinder gewährt wird, die Arbeitseinkommen beziehen, bis sie das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Zur Uebersicht diene folgende Steuerabzugstabelle:

Betrag	Verbleibender Betrag ohne Kind	Ber- heiligt ohne Kind	1 Kind				2 Kinder				3 Kinder				4 Kinder			
			ab 100	ab 150	ab 200	ab 250	ab 100	ab 150	ab 200	ab 250	ab 100	ab 150	ab 200	ab 250	ab 100	ab 150	ab 200	ab 250
1 Arbeitstag	95	84	44	54	64	74	84	94	104	114	124	134	144	154	164	174	184	194
2 Arbeitstage	190	168	88	108	128	148	168	188	198	208	218	228	238	248	258	268	278	288
3	285	242	132	162	192	222	252	282	292	302	312	322	332	342	352	362	372	382
4	380	316	176	216	256	296	336	376	386	396	406	416	426	436	446	456	466	476
5	475	390	220	270	320	370	420	470	480	490	500	510	520	530	540	550	560	570
6	570	456	264	324	384	444	504	564	574	584	594	604	614	624	634	644	654	664
7	665	522	308	378	448	518	588	658	668	678	688	698	708	718	728	738	748	758
1 Monat (26 Arbeitstage)	650	520	300	370	440	510	580	650	660	670	680	690	700	710	720	730	740	750

Den Steuerabzug berechnet man am einfachsten auf folgende Weise: Beispiel: Gesamtlohn für 6 Tage abgezogen einem Verheirateten mit 3 Kindern die in der Tabelle ersichtliche Grundzahl

Restbetrag

Von dieser Summe müssen 10 Proz., das sind 3 RM., abgezogen werden.

Mittellose Haushaltsangehörige zählen, als je ein Kind vom Finanzamt eine Bescheinigung vorliegt.

Pflicht der Kollegen ist es, die neuen Steuerarten und richtige Ausfüllung hin zu prüfen. Kommen für einen der drei minderjährige Kinder in Betracht und seitens des Steuer-

nur zwei auf dem Steuerbuch vermerkt, so kann der Arbeitgeber für zwei Kinder die Ermäßigungsätze in Anrechnung bringen. Dies eine Schädigung des betreffenden Arbeitnehmers ist, liegt auf der Hand.

Haben sich bei Ausstellung des Steuerbuchs Irrtümer irgend welcher Art eingeschlichen, so ist bei der zuständigen Dienststelle ein Antrag auf Richtigstellung der Steuerkarte einzureichen.

folgende Gegenüberstellung zeigt die alten und neuen Steuerätze:

bis 24 000 Mark 10 Proz.		bis 50 000 Mark 10 Proz.	
alt	neu	alt	neu
6 000	20	10 000	15
5 000	25	20 000	20
5 000	30	25 000	25
5 000	35	100 000	30
5 000	40	100 000	35
70 000	45	200 000	40
80 000	50	500 000	45
200 000	55	500 000	50
alles weitere	60	500 000	55
		alles weitere	60

Die Wirkung der neuen Staffelfung zeigt folgende Tabelle:

Einkommen	bis her		täuslich		täuslich weniger	
	Stk.	Proz. des Einf.	Stk.	Proz. des Einf.	Stk.	Proz.
24 000	2 400	10,--	2 400	10,--	—	—
30 000	8 690	12,--	8 000	10,--	690	2,--
35 000	4 850	13,88	8 500	10,--	1 550	3,88
40 000	6 350	15,88	4 000	10,--	2 850	8,88
45 000	8 100	18,--	4 500	10,--	8 000	8,--
50 000	10 100	20,20	5 000	10,--	5 100	10,20
60 000	14 600	24,33	6 500	10,88	8 100	13,50
70 000	23 600	29,50	10 500	13,12	13 100	16,98
80 000	32 600	32,60	15 500	15,50	17 100	17,10
90 000	41 600	35,73	20 500	17,75	21 100	18,05
100 000	50 600	38,86	25 500	19,99	25 100	18,22
110 000	59 600	42,00	30 500	22,23	29 100	16,81
120 000	68 600	45,13	35 500	24,47	33 100	14,40
130 000	77 600	48,27	40 500	26,71	37 100	12,06
140 000	86 600	51,40	45 500	28,95	41 100	8,--
150 000	95 600	54,54	50 500	31,19	45 100	4,82
160 000	104 600	57,67	55 500	33,43	49 100	2,42
170 000	113 600	60,81	60 500	35,67	53 100	1,21
180 000	122 600	63,94	65 500	37,91	57 100	0,48
190 000	131 600	67,08	70 500	40,15	61 100	0,48
200 000	140 600	70,21	75 500	42,39	65 100	0,48

Diese Gegenüberstellungen sprechen für sich selbst. Sie zeigen die Ungerechtigkeit, mit der die niedrigen Einkommen gegenüber den höheren und hohen bedacht worden sind. Die bürgerliche, auf kapitalistischen Eigennutz bedachte Mehrheit des Reichstags hat sich bei Verabschiedung des neuen Einkommensteuergesetzes wieder in voller Glorie gezeigt.

### Führung von Haushaltungsbudgets.

Unser in der „Gewerkschaft“ Nr. 43 zum Ausdruck gebrachter Vorschlag, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegen durch Führung von Haushaltungsbudgets zu ermitteln und im Interesse der Kollegen zu verwerten, hat eine über alles Erwarten günstige Aufnahme gefunden. In zahlreichen an uns gerichteten Schreiben gelangt zum Ausdruck, daß die Kollegen unserer Maßnahme volles Verständnis entgegenbringen und die Durchführung der Arbeit nach besten Kräften unterstützen werden. Insgesamt haben 1543 Kollegen sich zur Uebernahme der Arbeit bereit erklärt. Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Erwartungen, die wir an diese statistischen Ermittlungen knüpfen, voll und ganz in Erfüllung gehen werden. Die nachstehende Aufstellung gibt Aufschluß, wie stark die Beteiligung der Kollegen in den einzelnen Gauen an dieser Arbeit ist.

Die Zahl der aus den einzelnen Gauen eingegangenen Haushaltungsbudgets beträgt:

- Gau Augsburg 34, Berlin 17, Bielefeld 39, Brandenburg 102, Bremen 47, Breslau 97, Cöln-Bonn 47, Dortmund 31, Dresden 59, Düsseldorf 58, Erfurt 67, Frankfurt a. M. 59, Frankfurt a. O. 57, Halberstadt 32, Halle 29, Hamburg 14, Hannover 42, Karlsruhe 45, Bez. Singen 6, Bez. Unterbaden 31, Kiel 39, Königsberg 34, Bez. Danzig 22, Leipzig 52, Lübeck 46, Magdeburg 53, Mainz 36, Mannheim 34, München 51, Bez. Deggendorf 20, Nürnberg 87, Stettin 52, Stuttgart 38, Zwickau 66. Summa 1543.

Wir wollen an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß uns selbstverständlich alles daran liegt, sauber und korrekt geführte Haushaltungsbudgets, aus denen völlig einwandfreies Material für unseren Zweck gewonnen werden kann, zu erhalten. Vollständig verfehlt gehandelt wäre es und nicht im Interesse der Organisation liegend, nach den ersten Eintragungen auszuheben mit der Arbeit, die täglich nur eine ganz verschwindend geringe ist.

Die den Kollegen zur Verfügung gestellten Formulare erforderten, unter Berücksichtigung der zurzeit für Druckfachen geltenden hohen Preise, hohe Anschaffungskosten. Auch sonst erforderten

### Apoltheose des Hungers.

Vor dem Hause steht der Winter. Sein starrer Atem haucht die geschlossenen Fenster. Träge taumeln die Flocken auf den Fensterrahmen, lächelnden Apoll.

Vor mir liegt ein Stoß bedruckter Blätter. Berichte aus dem armen Ausland. Ich habe sie gelesen. Und während ich hindurch in den windgejagten Wirbel der dünnen, frostigen Flocken, steinern, schalich, unverrückbar diese Notiz vor meinen Augen: Wolga- und Uralgebiet sind zwanzig bis dreißig Millionen Menschen in Gefahr, zu verhungern. Zwanzig bis dreißig Millionen Frauen, Kinder tochen Gras, bereiten Mehl aus Torf, veran Ratten und Mäuse, nachdem es längst keinen Hund und keine mehr gibt, essen Baumrinde, bestatten stumpf und kratzig die die Verhungerten, fallen dem Storbü zum Opfer, benagen Mutigen, eitrigen Zähnen schon benagte Knochen, hungern und sterben.

In einem Distrikt wimmeln in brotreichen Zeiten die Felder „Zeiselmäusen“. Man bekämpfte sie mit allen Mitteln der Baukunde. Es war vergeblich. Jetzt kam der Hunger. Die waren bald bis auf den letzten Halm aufgezehrt. Die „Zeisel“ begann — für die Menschen, nicht für die Mäuse. Die Menschen verzehrten nun auch die Mäuse bis auf die „Poholchewski“ schreibt: es ist jetzt leichter, in diesen Steppen Mäusen zu finden als eine Zeiselmaus — alle ah man sie auf. Endlos, ohne Halm, ohne Tier, von verhungerten Menschen gefressen, verbrannt und laßt und tot dehnen sich jetzt die Felder, auf denen in besseren Zeiten Millionen Raimüdenperden und der Nomade seine Schafe niemals zählte — so groß die Herden.

Wie kam das alles? Die Kapitalistenpresse aller Länder hat leicht eine Antwort auf die Frage bei der Hand: es ist die Schuld der Sowjetregierung. Anatole France, der sozialistische Dichter Frankreichs, der soeben den Preis erhalten und für die hungernden Menschen Rußlands hingegen hat, erzählt in einem seiner Bücher die Geschichte

von Putois. Putois ist eine imaginäre Gestalt, in einem Augenblick der Verlegenheit als ein Vorwand erdacht. Er, der gar nicht existierende, bleibt am Leben als Sündenbock für alle Missetaten. Ja, Freud, die gar nicht begangen wurden, werden erdacht und auf sein Kernholz geschrieben. Journalisten beschreiben seine Verbrechen-physiognomie. Putois wird zum Schrecken der Stadt. Und zuletzt — und das ist der tiefstatische Sinn dieser Geschichte — glauben sogar die an seine Existenz und an seine Schuld, die ihn erdachten.

An diese Erzählung fühle ich mich erinnert, wenn ich die Schuld sprüche der kapitalistischen Presse lese. Die Sowjetregierung ist sicher kein mythischer Putois. Aber den Stribenten dieser Presse, die nie das Wesen, Tun und Lassen der bolschewistischen Regierung aus der Nähe studierten, muß sie als ein solcher Putois dienen, dem man die Schuld auch an diesem Unglück aufbürdet, für die eine andere Erklärung zu finden man zu bequem — oder auch zu verwerfen ist.

Denn wenn in einem Falle die Sowjetregierung die geringste Schuld an einem Unglück trifft, unter dem nun Millionen russischer Menschen seufzen und sterben, so in diesem.

Unter den vor mir liegenden Blättern befindet sich ein Artikel von Viktor Serge über die Ursachen dieser grauenhaften, apokalyptischen Hungersnot. Er zählt sie auf: der Krieg, der die Bauern Rußlands als zaristisches Kanonensfutter in den Tod führte, der das Transportwesen ruinierte, das Land erschöpfte; die Blockade, die das russische Volk zum Hungern verurteilte; der Bürgerkrieg, der von Tschekhoslowaken im Dienste der englischen und französischen Militärmmission, von Sawinko und Kolltschal, von den Generälen der Gegenrevolution viermal über das Hungergebiet hingetragen wurde, der die Dörfer plünderte, die Bauern dezimierte, Ackergerät und Vorräte vernichtete, der das Vieh aufraß, die Eisenbahnen zerstörte und den der „Daily Chronicle“, das „Journal“ und die „New York Times“ beschuldeten. Dazu kam verschärfend die Primitivität der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, die wiederum ihre tiefere Ursache hatte in der Unwissenheit des russischen Bauern, jenem dumpfen Fundament der russischen Zarismus, auf dem nun der Gegenstoß zwischen der revolutionären Stadt und dem konservativen Land entstand.

die zur Erleichterung der Arbeit notwendigen Vorarbeiten, wie Anlegen einer Adressenartothek usw. neben Materialkosten auch bedeutende Portoausgaben durch Befügung des für die Rücksendung des Formulars erforderlichen Freitwertes. Bei dieser Gelegenheit weisen wir noch auf die am 1. Januar in Kraft getretenen bedeutend höheren Portosätze hin und ersuchen um Nachfrankierung des der Sendung beigegebenen Kuverts, da uns sonst noch Tausende von Mark Strafporto entstehen. Jeder Kollege muß daher unter Berücksichtigung des Vorstehenden aufs äußerste besorgt sein, sein bestes Können für diese Arbeit einzusetzen, damit die durch die Organisation für diesen Zweck angewandten finanziellen Aufwendungen hohe Sinsen tragen und damit das gesteckte Ziel wirklich erreicht wird.

Wesentlich dazu beizutragen vermögen die Frauen der Kollegen, denen ja in Wirklichkeit die Last der Führung der Hauswirtschaft obliegt. Die in der Jetztzeit besonders unantworbare Aufgabe des Einkaufs der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände fällt wohl in fast allen Fällen den Frauen der Kollegen zu. Die Instandhaltung der Wäsche usw. und die dadurch bedingten Ausgaben werden ebenfalls durch die Frauen besorgt. Sie sind durch diese Tätigkeit innerhalb des Familienkreises zur Durchführung der Ermittlungen geradezu unentbehrlich und werden hierbei zu Mitarbeiterinnen, die wir gern willkommen heißen.

Bekümmerten Herzens hat so manche Hausfrau in den vergangenen Wochen und Monaten feststellen müssen, daß das Wirtschaftsgeld trotz allergrößter Einschränkung nie ausreichen wollte. Das Portemonnaie, das beim Einkauf des Bedarfs an Lebensmitteln mit einem Hundertler gefüllt wurde, beherbergte nach vollbrachter Tat nur noch wenige unansehnliche Markscheine. Am Wochen- bzw. Monatschluß sieht so manche Hausfrau ratlos da und zermarrt sich den Kopf mit der Frage: „Wo ist nur mein Wirtschaftsgeld geblieben?“ Ja, liebe Hausfrau, über den Verbleib des Geldes wirst du nun, wenn du deinen Mann bei der Führung des Haushaltbudgets und damit auch uns als Organisation unterstützest, genaue, zuverlässige Auskunft erhalten. Du wirst feststellen können, daß der allergrößte Teil des Wirtschaftsgeldes zur Sättigung deiner Familie aufgewandt wurde, bei einer ganz bescheidenen Lebensführung. Ob die nach den Angaben der Statistiker zur Ernährung deiner Familie notwendige Kalorienmenge hierbei erreicht wurde, können wir dann feststellen, wenn du auf der letzten Seite des Formulars die genauen Eintragungen vornimmst.

Auch sonst wird die Führung des Budgets den Frauen zu interessanten Vergleichen nach jeder Richtung hin Veranlassung geben.

Auf diesen hundertmal verwüsteten Boden braunte die unbarmherzige Sonne des Sommers 1921, versengte die Reste vegetabilen Lebens und verwandelte vollends eine der Kornstammern Europas in eine dürre, trostlose Wüste des Todes. Die Steppe stirbt. Banditenhorden, die der Bürgerkrieg hinterlassen hat, plündern und schänden noch den Feldnam.

In einem Saal des alten Zoologischen Gartens in Moskau hat man ein Hungermuseum eingerichtet. Ein Hungermuseum! Photographien aus dem Hungergebiet, Bilder verhungender, wachsbare Kinder mit bündelähnlichen Füßen und Storbüßgeschern, Brot aus Mörtel und Stroh, Baumrinden, Gräser und Unkrautstamen, die Nahrungsmittel der Verhungerten, sind in diesem Museum des Grauens zu sehen — in den Vereinigten Staaten verkauft der Weizen in den Scheunen und Farmen; in Argentinien lagert Mais in solcher Heberfülle, daß man nicht weiß, wozu damit und ihn in den Lokomotiven als Brennstoff verheizt.

Und was tut die Welt angesichts dieser entsetzlichen Not? Was tut der Völkerbund? Bernhard Shaw hat es in einem Briefe an das russische Hilfskomitee in London mutig ausgesprochen: „Hod Georges Antwort an Rußland lautet: Ordnen Sie die Sache mit den französischen und britischen Gläubigern der Sowjetregierung, und dann vielleicht wollen wir uns mit ihnen über die Hungernot unterhalten.“ Ebenso lautet die Antwort des offiziellen Frankreichs: „Der Völkerbund hält den Verhungerten Schuldscheine vor!“

Fridjos Ranien, der tapere Polarforscher, hat in seiner Rede vor dem Völkerbund die tieferen Gründe für dieses schmachvolle Feilkaufen um Anleihen und Zinsen für ein Stück Brot aufgedeckt: „Ich glaube, ich kenne die Idee, die dieser Kampagne zugrunde liegt. Es ist die, daß die Alltön, die wir vorschlagen, wenn sie gelingt, die Sowjetregierung stärken wird. Ich glaube, daß es ein Irrtum ist, und daß wir die Sowjetregierung nicht stärken, indem wir dem russischen Volke zeigen, daß es in Europa noch Herzen gibt, die wirklich bereit sind, dem hungernden russischen Volke zu helfen. Aber nehmen Sie an, die Sowjetregierung würde wirklich dadurch gestärkt. Gibt es ein Mitglied in dieser Versammlung, das bereit ist, zu sagen: Lieber, als der Sowjetregierung zu helfen, wollte er zwanzig Mil-

Die tägliche Eintragung alle Ausgaben wird den Frauen überlassen bald zu einer liebgewordenen Tätigkeit werden und die Freude an der Arbeit, die Ordnung in sich birgt, gewinnen werden sie, wir hoffen dies zuversichtlich, nicht nur zu einigen derer der von uns im Interesse der Gesamtsolidarität mitgeteilten Angaben, sondern auch gleichzeitig zu Mitarbeiterinnen und Mitkämpferinnen um eine bessere Existenz.

Frauen, helft mit! Der Erfolg bleibt dann nicht aus!

### Neues Ortsklassenverzeichnis für Staatsarbeiter

In seiner kurzen Tagung kurz vor Weihnachten 1921 hat Reichslager das neue Ortsklassenverzeichnis verabschiedet. Die Arbeiter, Beamten und Angestellten des Reiches, der Staaten und Gemeinden haben seit Monaten auf die Erledigung für sie so wichtigen Gesetzes gewartet. Besonders die Arbeiter haben ihnen doch schon im Jahre 1920 antäglich der Schaffung eines Besoldungsgesetzes das Bestreben gegeben, ein neues Ortsklassenverzeichnis alsbald fertigzustellen. Über der Schwierigkeit, die Voraussetzungen zu erfüllen, waren zu viele, und so wurde am 1. April 1921 zunächst nur ein vorläufiges Ortsklassenverzeichnis geschaffen, welches am 1. Oktober durch das endgültige abgelöst werden sollte. Aber auch diesmal reichte die Zeit nicht aus, trotzdem bei diesem Zweck eingefegte Reichsgutachterauschluß Dauerfrist abhielt.

Das Bestreben des Reichsgutachterauschusses anstatt der bestehenden 5 nur noch 3 Ortsklassen treten zu lassen, hat in dem Widerstand der Regierung. Die Regierung siegte auch in dem Ausschuß des Reichstags mit allerdings schwacher Mehrheit. Das neue Ortsklassenverzeichnis ist nach Wirtschaftsgebieten angeordnet, d. h. es wurden bei der Einstufung der einzelnen Orte die wirtschaftlichen Verhältnisse am Orte eingehend geprüft. Was dem nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so liegt es zuletzt daran, daß auch bei den in der Privatindustrie geltenden Reichstarifen meistens 5 und noch mehr Ortsklassen vorhanden sind. Der Buchdruckerartikl weist sogar 10 Ortsklassen auf. Er ist in der Privatindustrie noch Spannungen zwischen der Ortsklasse und E bis zu 100 Proz. Es muß Aufgabe aller freigewerkschaftlichen Organisationen sein, beim Abschluß von Tarifverträgen dafür zu sorgen, möglichst wenig Ortsklassen zu schaffen, zumal die verbreitete Meinung, als ob es sich in den ländlichen Ge-

tionen Menschen verhungern lassen? Mag die Versammlung darauf antworten!

Die Regierung schickte weiter — in Rußland haben dessen die Menschen.

Rangsam, dem schlechten Gewissen eher gehemmt als gefördert, die bürgerliche, die nichtstaatliche Hilfsaktion in Europa, wenn es auch scheint, daß, wie Trocki in seiner Broschüre über die hungernden Rußland und vom satten Europa schrieb, von der Deckung philanthropischer Organisationen eine allmähliche Orientierung der kapitalistischen Welt gegenüber Sowjetrußland sich geht, so bleiben doch Hemmungen genug wirksam. Und selbst Kanossagang, den Tschitscherin inzwischen zu den Gläubigern Rußlands ging, hat die Hilfsaktion nicht wesentlich gefördert. Denn nicht geringfügig von denen gesprochen sein, die als solche Stelle waren — von einer Schuld der anderen, der vielen in Rede, von denen, die kaltblütig Millionen Menschen verhungern lassen, weil diese Menschen Einwohner Sowjetrußlands sind.

Rosch, großzügig, rücksichtslos setzte die Hilfe des Sowjetrußlands ein. In kurzer Zeit haben die Arbeiter Europas und Rußlands drei Millionen Goldrubel gesammelt. Das ist, gemessen an den heutigen Geldverhältnissen Rußlands, eine nahezu unvorstellbare Rubelsumme — eben jetzt leidet Rußland seine Finanzverhältnisse ein, daß es einen Rubel der neuen Währung gleich 10 000 der bisherigen Währung legt, deren Rubel doch jetzt schon auf mikroskopischen Bruchteil des Wertes eines Goldrubel darstellt.

Aber nicht die Größe der erbrachten Summe ist es, die dieses proletarische Hilfswort groß macht; diese Millionen sind zumammengesetzt aus den Talschen derer, die selber Not haben, morgen selber arbeitslos und brotlos sein können. Sie wurden zuletzt gesammelt von deutschen Arbeitern, die ihre eigenen verhungerten Kinder nach Holland, nach Skandinavien, nach der Schweiz schicken müssen und die sich glücklich preisen, wenn ihnen durch die Reise in fremde Reichländer vergönnt ist. Eugen Diebards hat für sich einen Band gesammelter Briefe deutscher Arbeiterinnen aus Skandinavien herausgegeben; sie wurden an dieser Stelle bereits besprochen, und es gibt wenige Bücher, deren Bekanntheit

...müßiger Leben läßt, eine Illusion ist. Um aber die aus dem sich ergebenden Härten jederzeit beseitigen zu können, hat der Reichsrat am 15. Dezember den Absatz 5 wie folgt beschloffen:

Der Reichsrat und ein Auschuß des Reichstags können über Ortsklasse in eine andere Ortsklasse eintreten. Die erste Ortsklasse des Ortsklassenverzeichnisses hat sofort zu erfolgen. Die Ortsklassenverzeichnisse sind bis 1. März 1922 beendet sein. Für die bei der erstmaligen Nachprüfung höher gestuften Orte und Ortsklassen sind die Beträge rückwirkend vom 1. April 1920 ab nachzu zahlen.

Das Ortsklassenverzeichnis ist spätestens bis zum 1. April 1922 aufzustellen.

Dadurch sind also Nachprüfungen möglich, wodurch natürlich nicht nur der Antrag, sondern auch der Bescheid zu berücksichtigen ist. Das neue Ortsklassenverzeichnis für die Beamten rückwirkend ab 1. April 1920 erhält, entsand bei unseren Kollegen, die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt sind, die Meinung, daß die Rückwirkung auch für die Arbeiter kommen sollte. Diese Auffassung ist falsch und hätte gar nicht angenommen und durchgesehen hätten. Biersch wurde auch in dem Verbandsorgan der Reinigung Ausdruck gegeben, als ob wieder einmal die Beamten besser behandelt würden als die Arbeiter. Auch diese Auffassung geht von irrigen Voraussetzungen aus. Sie muß daher auch zu falschen Schlussfolgerungen führen.

Bis zum 1. Juni 1921 galt für die Arbeiter des Reiches das Ortsklassenverzeichnis der Eisenbahner-Ortsklassenverzeichnisse tariflich geregelt. Das Eisenbahner-Ortsklassenverzeichnis war aber bis zur Schaffung des vorläufigen Ortsklassenverzeichnisses der Beamten ab 1. April 1921 für die Arbeiter wesentlich. Dazu wurden noch in vielen Orten Uebertuerungsbeiträge gezahlt, welche die Beamten ebenfalls nicht erhalten haben. Es ist davon, geht es aber nicht an, immer nur alle Verbesserungen, falls solche für eine Kategorie durchgeführt werden, zu verweigern, ohne auch die Nachteile dieser Kategorie mit in den Kauf zu nehmen. Als dann am 1. Juni 1921 die beiden Manteltarife Betriebs- und Verwaltungsarbeiter neu abgeschlossen wurden, haben wir das vorläufige Ortsklassenverzeichnis für die Beamten mit der Maßgabe, daß Uebertuerungszulagen nicht eintreten sollen. Ferner, wo Uebertuerungszulagen gewährt wurden, sind diese als persönliche Ausgütszulagen weiter bezahlt werden, solange als sich die Bezüge des Arbeiters nicht ändern. Bei

der letzten Lohnbewegung, Anfang November 1921, wurde dann vereinbart, daß da, wo die persönlichen Zulagen mehr als 10 Pf. pro Stunde betragen, diese halb, bis zu 10 Pf. jedoch voll in Anrechnung zu bringen. Dieses und die Tatsache, daß das Ortsklassenverzeichnis nicht wie vorgesehen vor dem 1. Oktober 1921 Gesetz wurde, gab uns Veranlassung, beim Reichsfinanzministerium trotz der tariflichen Abmachungen auch für die Arbeiter eine Rückdatierung in der Ortsklasseneinteilung zu beantragen. Nachstehend der Erfolg unserer Bemühungen:

„Der Reichsminister der Finanzen. Berlin, den 22. Dezember 1921.

Auf Antrag der Arbeitnehmerorganisationen erkläre ich mich über die tarifliche Verpflichtung hinaus für die unter den Tarifverträgen vom 31. Mai 1921 (Verwaltungsarbeiter und Lazarettpersonal, soweit nicht unter die Tarifverträge für Metzger und Kranenschwester fallend), vom 1. Juni 1921 (Betriebsarbeiter) und vom 15. Juni 1921 (Arbeiter im Bereich des Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung) fallenden Arbeitnehmer mit der Anwendung des neuen Ortsklassenverzeichnisses für die Reichsbeamten nach folgenden Grundsätzen einverstanden:

1. Das Ortsklassenverzeichnis kommt vom Tage der Verkündung im Reichsgesetzblatt, spätestens jedoch vom 1. Januar 1922 an zur Anwendung.
2. Den am Tage der Verkündung des Gesetzes oder 1. Januar 1922 noch im Dienst der Verwaltung stehenden Arbeitern kann für die Zeit zwischen dem 1. Oktober 1921 und dem 11. Januar 1922, für welche ihnen Lohn zufließt, der Unterschiedsbetrag im Lohn zwischen der alten und der neuen Ortsklasse nachgezahlt werden, wobei zur Vereinfachung der Berechnung anzunehmen ist, daß die Arbeitsleistung des betreffenden Arbeiters für jeden Arbeitstag 8 Stunden, in der Woche oder nicht mehr als 48 Stunden betragen hat. Falls noch irgendwo Kurzarbeit bestanden sollte, darf ich bitten, die entsprechende Abregelung von dort aus vorzunehmen. Das gleiche gilt für nicht vollbeschäftigte Arbeiter.
3. Arbeitern, die vor dem Tage der Verkündung des Ortsklassenverzeichnisses und vor dem 1. Januar 1922 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, stehen Nachzahlungen nicht zu.
4. Auf die nach vorstehenden Grundsätzen vorzunehmenden Zahlungen sind die persönlichen Zulagen, soweit sie bisher noch zufließen, voll anzurechnen.

Wenn auch das neue Ortsklassenverzeichnis nicht alle Wünsche erfüllt, die daran geknüpft worden sind, so bedeutet das doch, gemessen an dem, was seither war, namhafte Verbesserungen. Wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich ist. Von denjenigen Orten, wo wir zurzeit Filialen haben, wurden geboten:

Nach Ortsklasse A aus B 58, aus C 20, aus D 19, aus E 1; nach Ortsklasse B aus C 115, aus D 50, aus E 16; nach Ortsklasse C aus D 164, aus E 89; nach Ortsklasse D aus E 106. 227 Orte verblieben in ihren alten Ortsklassen.

...ist, wie diese Stimmen beglückter Kinder. Und jeder dieser Bericht zu Eltern, fast immer zu Arbeitereltern — man sieht Leben fast die Gesichter dieser Väter und Mütter, sieht die Sorgen der Sorge und Freude. Und dann stellt man sich einen Arbeiter vor, einen für viele, der mit demselben Tropfen Tinte in dem austauschbaren Zettel seines Kindes beantwortet und einen Brief für die Hungernden Russlands in die Sammelliste einträgt. Ist es ein tiefes Symbol für die Hilfsbereitschaft der Hilfsbereiten?

Und noch in einer anderen Hinsicht ist das proletarische Hilfswort Tausende und aber Tausende dieser helfenden Arbeiter sind Helfswilligen. Sie haben sich mit aller Kraft gegen die Einarbeitung des Systems Lenins und Trotskis in ihrem Lande gewehrt. Kammen mit diesem Kampf gegen den politischen Fanatismus eigenen kapitalistischen Feinden zu Hilfe — sie wußten das und taten trotzdem so im Dienste einer höheren Idee. Sie waren, und bleiben Gegner der Gewalt Herrschaft, auch wenn die Gewalt Herrschaft Lenins und Trotskis heißen. Aber jetzt helfen sie, rücken und ohne rechnen zu fragen: Dienen wir damit der Menschheit?

Das ist groß. Es erinnert mich an die schlichte, selbstverständliche Menschlichkeit, mit der die einfachen Soldaten des Weltkrieges unglücklichen Bewohnern der „feindlichen“ Länder halfen. Es ist humaner, obdachlose Franzosenfrauen in den Tagen der Kämpfe, es waren polnische Judenkinder in den Schmutz von Wilna und Warschau und Tod und Grodno, es waren fremder Rasse fremden Glaubens, fremder Sitten, es sind „Feinde“. Die Drangane der militärischen Macht bedrückten die Armen, demütigten und mißhandelten sie — der einfache Arbeiter hätte kein Brot und kein Salz mit ihnen Ueber alle Gegenstände und Klüfte hinweg stonete der Mensch, die Menschlichkeit. Und dieser Geste der Menschlichkeit, im Felde dem einzelen zum Leben, gibt nun das proletarische Hilfswort europäische, die Welt umfassende Größe. Wir müssen wir das nicht, wenn wir die Zahlenkolonnen der proletarischen Sammellisten abdicieren. Aber vergessen wir wiederum auch

nicht, daß ethische Größe keinen Hungernden sättigt! Begnügen wir uns nicht mit dem Getanen. So groß das Hilfswort ist — es reicht noch nicht aus, um das Hungergespinnst aus dem unglücklichen, lausendfach geschlagenen Lande zu bannen. Lassen wir nicht nach!

Draußen fallen die Flocken auf die frostklügelnde Erde. Laßt sie euch mahnen an den weißen Schreden des russischen Winters! Denkt an eure Winterleiden in den Gräben in russischer Erde in den Wintern 1914, 1915, 1916, 1917. Und denkt daran, daß ihr doch Brot und Fleisch, heiße Getränke und Schafpelze hattet, daß ihr in den Defen der Unterstände ganze Wälder verfeuert habt, um euch zu erwärmen. Denkt daran — die Hungernden Russlands essen Brot aus Torf und Stroh. Sie haben keine Kleider, kein Holz, sie haben, doch der grauenhaften Not in ratlose Flucht gejagt, kein schützendes Dach — sie haben nichts, nichts als Hunger! Der Winter trifft sie mit tausendfachem Schreden.

Für Tausende und aber Tausende der Hungernden kommt Hilfe und Ruhe schon zu spät. Sie sinken dahin, und ihre Seufzer erklingen im Schnee. Helft den Ueberlebenden!

In Reymonts polnischem Bauernroman geht der alte sterbende Bauer Borona nachts im Hemde und barfuß hinaus aufs Feld, rafft Erde ins gehobene Hemd und beginnt mit segnender Gebärde zu säen. Er schreitet über die nächtlichen Felder hin, wie ein Gespenst, wie ein Gott, und sät und sät, bis er im Angesicht der aufgehenden Sonne zusammenbricht und noch im Sterben die heilige Erde mit ausgebreiteten Armen segnet.

Das dichterische Bild Reymonts droht auf russischer Erde zu einer entsetzlichen Wirklichkeit, zu einer Apokalypse des Hungers, einer furchtbaren Vergewaltigung sterbender Menschen zu werden: sterbende, vor Hunger sterbende Bauern werden das Saat Korn, das die internationale Hilfe herbeischafft, in die russische Erde säen. Der Frühling, die Monate vor der Ernte, waren schon immer in Rußland die Zeit des Darbens — die Hungersnot des kommenden Frühjahrs wird noch schrecklicher sein als die des schon begonnenen Winters, wenn es nicht gelingt, Vorräte, Lebensmittel in genügender Menge herbeizuschaffen. Helft und verhindert diese grausame Apokalypse des Hungers!

E. Schanewald i. d. „Blode“.

**Einnahmen und Ausgaben**

Kommune Nr.	Name	Zahl der Mitglieder				Bestand der regt. R. rechnung	Einnahmen									
		in diesem Quartal		in vorigen Quartal			Eintrittsgelder	Erlöse	Kontingentbeiträge für Mitglieder				Erlöse	Einnahmen	Einnahmen	
		1	2	1	2				100 Pf.	150 Pf.	200 Pf.	250 Pf.				100 Pf.
1	Hagenburg	8912	4054	—	142	8100/34	129	2	30	870/2/59	6418	8254	891	437/00	8851/4	1224/20
2	Serin	63919	65250	—	143	10223/88	803	394/54	34	11700/77/93	24104/9/80	67411	7813	1709/50	64331/6	5113/10
3	Wiefeld	3743	3649	—	117	6278/19	90	29/54	6	759/2/50	6669	6741	485	103/50	19010	262/20
4	Brandenburg	5131	5230	—	14	7904/54	226	27/54	1	10787/50	17114	9453	3859	4	15374/4	176/10
5	Bremen	7029	7117	—	37	13186/41	140	15	2	17610/1	2401/0	2401/0	170	4852/6	176/10	291/20
6	Bredlau	15863	15709	—	383	16424/18	680	54	18	20212/50	7681	3225/90	13127	69150	8180/9	6107/20
7	Gall	3449	3215	—	285	4900/28	304	10	1	5242/50	2140/0	3611	4166	87/50	1792/2	689/20
8	Wormund	4178	4178	—	80	6000/77	784	20/54	60	780/0	11242	7781	499	82	305/10	624/10
9	Tresden	10689	10390	—	291	18526/12	827	17/54	30	2517/0	3950	2521/4	7657	611	7276/4	107/20
10	Friedberg	11159	10553	—	606	16389/49	632	22/0	12	23317/50	2010/0	7773	242	9975/50	807/20	107/20
11	Erfurt	6240	6184	—	106	11370/11	188	28	7	1435/0	21218	7041	3349	336	3510/6	229/4
12	Frankfurt a. M.	14067	14953	—	83	32870/14	335	140	69	32016/21	32530	9481/50	9631	697	8285/6	519/20
13	Frankfurt a. O.	4370	4178	—	59	64645/74	187	17/54	70	7671/50	12188	6917/50	917	15/50	619/20	307/20
14	Salzweil	8737	8796	—	24	46610/89	74	36/54	1	7257/54	16788	6063/50	4329	183/50	1421/4	118/20
15	Dalle a. d. G.	1963	1963	—	1	2901/2	148	4	1	24/0	15691/0	583	18/1	12/50	8912/2	1077/20
16	Danburg	23408	24702	—	134	388712/36	942	30	90	818912/50	12108	1317	15487	1311	18181/2	9442/4
17	Dannenberg	6427	6516	—	69	10756/8	109	6	7	12435/0	12451/50	3744	291	291	291/20	220/20
18	Hetzlar	6128	6154	—	69	12426/11	245	16	0	122/90	11848	672/0	1623	214	6217/2	419/20
19	Bez. Singen	1167	1177	—	10	2921/7	21	19/54	30	180/10	2280	7204/60	718	69/50	11825/4	807/20
20	Unterabben	4618	4628	—	90	9000/2/0	178	21/54	30	11117/54	6834	5176/50	1288	387	4562/10	334/4
21	Hilf	4216	4158	—	68	8435/36	233	19	0	8965/0	6000	8248/60	1765	220/90	2410/6	83/20
22	Hilf	11854	11258	—	281	24600/9	496	12	20	28123/50	5510	10510/50	3240	40	5488/0	1186/20
23	Hilf	73/8	7908	—	59	8441/7	307	35	14	13812/50	13121/40	218	245	280/10	192/20	170/20
24	Hilf	3088	3154	—	54	29918/2	101	17	18	5724/0	4770	6886/60	1454	62/50	136/20	170/20
25	Veßpa	6813	6583	—	90	90861/87	187	13/74	8	1408/7/50	19222	11775/0	8312	633/50	3219/2	174/20
26	Hilf	4388	4304	—	24	47197/28	104	23/5	1	9912/54	798	10670/10	2612	243	2201/8	212/20
27	Wagberg	6198	6073	—	83	14868/12	153	60/54	60	11760/0	36114	1418/60	6113	35/81	186/20	186/20
28	Wagberg	6276	6294	—	19	81769/28	217	16/54	4	13855/0	11836	11283/50	2241	401/50	3282/4	35/72
29	Wannheim	3815	3890	—	173	69647/7	129	17	8	999/5	8786	9975	2331	167	2541/2	234/20
30	Wannheim	8704	8335	—	79	16225/190	106	11	2	1810/7/50	—	26149	11092	1149	4818/7	1809/20
31	Wannheim	2106	2034	—	82	44837/10	106	11	0	3711/0	10259	8643	117	147	427/34	426/20
32	Wannheim	1434	1433	—	8	27549/86	75	8/59	7	2610/0	11193	1827	627	18/50	810/2	83/20
33	Wannheim	1467	1508	—	41	2831/1	39	1	0	27222/30	6354	702	185	33	640/7	639/20
34	Wannheim	897	818	—	21	14311/32	188	4	4	20492/50	11526	1019/60	1820	799	634/2	481/20
35	Wannheim	6781	6800	—	49	42863/9	167	6	1	12796/20	1291/80	13186	1051	296	1621/4	78/20
36	Wannheim	6181	6066	—	99	10472/6	34	10	8	12490/0	20714	9442/50	6296	443	2947/0	338/20
37	Wannheim	7487	7498	—	45	125170/51	254	60	0	15801/50	21114	4407	629	685	457/6	602/20
38	Wannheim	99	117	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe		25578	29109	183	636	321773/2	943	1443	211	10121/5/30	78552/95	48673/50	101273	1113/30	19230/34	9735/30
am 31. Dez. 1921		29109	29109	183	636	321773/2	943	1443	211	10121/5/30	78552/95	48673/50	101273	1113/30	19230/34	9735/30

1. Voraus auf der Grundlage 1921. Unter den Kontingentbeiträgen 250 Pf., befinden sich 2170 1/10 Pf., 3989. 00 Pf. und 292 1/10 Pf. 2. Voraus auf der Grundlage 1921. Unter den Kontingentbeiträgen 250 Pf., befinden sich 2170 1/10 Pf., 3989. 00 Pf. und 292 1/10 Pf.

Gau Hagenburg		Gau Serin		Gau Wiefeld		Gau Brandenburg		Gau Bremen		Gau Bredlau		Gau Gall		Gau Wormund		Gau Tresden		Gau Friedberg		Gau Erfurt		Gau Frankfurt a. M.		Gau Frankfurt a. O.		Gau Halle a. d. G.		Gau Danburg		Gau Dannenberg		Gau Hetzlar		Gau Bez. Singen		Gau Unterabben		Gau Hilf		Gau Veßpa		Gau Wagberg		Gau Wannheim		Gau Wannheim		Gau Wannheim		Gau Wannheim	
1	Hagenburg	1	Serin	1	Wiefeld	1	Brandenburg	1	Bremen	1	Bredlau	1	Gall	1	Wormund	1	Tresden	1	Friedberg	1	Erfurt	1	Frankfurt a. M.	1	Frankfurt a. O.	1	Dalle a. d. G.	1	Danburg	1	Dannenberg	1	Hetzlar	1	Bez. Singen	1	Unterabben	1	Hilf	1	Veßpa	1	Wagberg	1	Wannheim	1	Wannheim	1	Wannheim	1	Wannheim
2	Hagenburg	2	Serin	2	Wiefeld	2	Brandenburg	2	Bremen	2	Bredlau	2	Gall	2	Wormund	2	Tresden	2	Friedberg	2	Erfurt	2	Frankfurt a. M.	2	Frankfurt a. O.	2	Dalle a. d. G.	2	Danburg	2	Dannenberg	2	Hetzlar	2	Bez. Singen	2	Unterabben	2	Hilf	2	Veßpa	2	Wagberg	2	Wannheim	2	Wannheim	2	Wannheim	2	Wannheim

Nachfolgend die zum Gau gehörenden Filialen







ausnutzen zu können, um im Gastwirtsgerwebe die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Demgegenüber erklärte der Bundesrat einmütig, daß der Verband bei unvermeidlichen Abwehrrufen auf die Hilfe der übrigen Gewerkschaften rechnen dürfe.

Die Gründung einer Gewerkschaftsbank ist ein alter Wunsch, der sich bisher nicht hat verwirklichen lassen. Schon früher wurde die Sache nicht weiter verfolgt werden. Genosse Kube berichtet, daß neuerdings die Gewerkschaften mit der Groß-Einkaufsgesellschaft des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften in Verhandlung haben, mit den Gewerkschaften gemeinsam eine Bank zu gründen. Ein Einverständnis ist mit den Genossenschaften erzielt worden, so daß jetzt die Frage erwogen werden müsse, ob die Gewerkschaften allein zur Gründung einer eigenen Bank fähig seien. Der Ausschuß stimmt dem Plan grundsätzlich zu, es jedoch für besser, wenn die Bank gemeinsam mit den Genossenschaften errichtet werde. Darüber sei noch weiter zu verhandeln.

Ein Antrag des Bundesvorstandes, während der ersten Vierteljahre des Jahres 1922 für jedes Mitglied einen Beitrag von 20 Pf. an die Bundeskasse zu leisten, wurde der Ausschuß gegen eine Stimme zu.

Genosse Streine (Maler) berichtete über Verhandlungen mit der Gewerkschaftsstatistik. Es handelt sich darum, die Statistik auszubauen oder zu vereinfachen sei. Gewünscht wurde namentlich eine Vereinfachung dahingehend, daß das, was von bisherigen Erfahrungen weniger notwendig ist, weggelassen wird. Der Bundesausschuß stellte sich auf denselben Standpunkt. (Schluß folgt.)

• Betriebsräte •

Der preußische Handelsminister zur Schulung der Betriebsräte. Die Eingabe des Bergarbeiterverbandes und des Ala-Bundes an den preußischen Handelsminister wegen Schulung der Betriebsräte ist beantwortet worden.

Von der Entschickung des 1. Reichsbetriebsrätekonferenzen der gewerkschaftlichen Organisationen des Bergbaues in Magdeburg haben die Betriebsräte habe ich mit Interesse kennengelernt. Ich erkenne die Wichtigkeit einer betriebswirtschaftlichen Schulung der Betriebsräte an und habe mich bemüht, der besten Wege zu ihrer Durchführung bereits in Verhandlungen einzuleiten.

Wir möchten wünschen, daß sich die vorgelebene Schulung der Betriebsräte nicht nur auf den Bergbau, sondern auf alle Betriebsarten, insbesondere aber auch auf die in den öffentlichen Betrieben erstreckt.

• Reichs- und Staatsarbeiter •

In der gutbesuchten Versammlung der Arbeiter in den Betrieben am 20. Dezember 1921 gab Kollege Hoffmann einen Bericht über die Entwicklung der Staatsarbeitersektion. Dann wurde auf die schwebenden Verhandlungen ein. Der Standpunkt des Reichsfinanzministers Hermes könne für die Staatsarbeiter nicht in Betracht kommen; denn außer Pflichten habe der Staatsarbeiter auch einen Lohn zu verdienen, daß er damit seine Familie ernähren könne. Die Behauptung des Reichsfinanzministers, daß der Lohn der Reichs- und Staatsarbeiter im allgemeinen selbst in den Betrieben, von Konjunkturindustrie abgesehen, die Löhne der Privatbetrieben stehenden Arbeiter durchaus erreichen, ist ohne jeden Beweis. Redner wies zahlenmäßig nach, daß ein richtiger Unterschied zwischen den Privatlöhnen und den Staatslöhnen bestehe. Zum Beispiel erhalten die Arbeiter der Reichsbahn (zu dieser gehören die Schienenarbeiter, die Möbeltransportarbeiter usw.), die eine gesundheitschädliche Arbeit leisten, einen Stundenlohn von 7,80 Mk. Die wenigen Pfennige Zuschläge spielen dabei gar keine Rolle. Mit Recht werden die Arbeiter hungerlöhne genannt, und man muß sich in die Lage der Arbeiter hineinversetzen, wenn man gerecht urteilen will. Der Reichsfinanzminister möge uns einen Kölner Industriearbeiter vorstellen, der für einen derartigen Schundlohn arbeiten würde. Man geht noch bekannt, daß unsere Forderung energig für die Erleichterung der schwebenden Verhandlungen eintritt. Die Volksvertreter in den Parlamenten hätten die Pflicht, der Forderung der Staatsarbeiter einzutreten. Die Diskussion über die große Unruhe unter den Arbeitern ist und daß sie nicht mit ihrer Arbeitskraft Schindluder treiben zu lassen.

• Theaterarbeiter •

Dreslau. In der Versammlung am 12. Dezember referierte Kollege Giesel über die Lohnbewegung in den einzelnen Theatern. Das Entgelt der Garderobefrauen, Schlichter und Schließerrinnen des Stadttheaters ist mit rückwirkender Kraft ab 1. September um monatlich 65 Mk. erhöht worden. Dem Bühnenpersonal sind die gleichen Teuerungszulagen gezahlt worden wie den Gemeinbearbeitern. Die Tarife für das Schauspielhaus, die Vereinigten Theater und für das Viktoriatheater sind zwecks Ausgleich der Teuerung dem Lohnamt der Stadt Breslau angehängt. Außer den Zulagen, die auf Grund der Errechnungen des Lohnamtes der Stadt Breslau zu zahlen waren, glückte es uns im Schauspielhaus eine einmalige Ausgleichszulage von 800 Mk. für jeden verheirateten, von 500 Mk. für jeden ledigen Kollegen und 350 Mk. für die Frauen herauszubekommen. Für die Beschäftigten der Vereinigten Theater wurde die gleiche Ausgleichszulage gefordert. Aus finanziellen Gründen konnte bis zurzeit nur eine Zahlung von 300 Mk. für verheiratete und 200 Mk. für ledige Kollegen, sowie 150 Mk. für weibliche Beschäftigte geleistet werden. Neue Verhandlungen sollen wegen der weiteren Zahlung geführt werden. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß auch in der nächsten Zeit große Lohnkämpfe in allen Theaterbetrieben stattfinden werden und daß nur die Schwierigkeiten überwunden werden können, wenn die Beschäftigten geschlossen zusammenhalten. Beschlossen wurde, die nächste Versammlung als Nachversammlung stattfinden zu lassen. Tag und Stunde werden durch das neue Mitteilungsblatt bekanntgegeben.

• Straßenbahner •

Bielefeld. In der Versammlung der Straßenbahner am 10. Dezember gab Kollege Siewele den Bericht über die Konferenz der kommunalen Straßenbahner am 3. Dezember in Berlin. Der Redner erläuterte dann den Reichsmantelentwurf des Arbeitgeberverbandes. Dieser Sondertarif, welcher ursprünglich auch für das Werkstattpersonal in Betracht kommen sollte, sei vorläufig nur für das Fahrpersonal vorgesehen, um nach und nach andere Gruppen folgen zu lassen. Dieser ganze Entwurf bringe in den meisten Paragraphen nur Verschlechterungen, sowohl in der Arbeitszeit, als auch in den sozialen Einrichtungen, der Lebensunterstützung und der Bezahlung des Sonntagszuschlags und der Wochenfeiertage. Sämtliche Delegierte sowie der Verbandsvorstand hätten eine einmütige ablehnende Haltung diesem Entwurfe gegenüber zum Ausdruck gebracht. In der Aussprache stellte Gauweiler fest, daß selbst der Magistrat Bielefeld gegen Ausnahmetarife Stellung nahm. In der weiteren Diskussion kam allseitig zum Ausdruck, daß das Fahrpersonal auch heute noch auf diesem Gedanken festhält. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine starke einheitliche Betriebsorganisation notwendig. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 10. Dezember 1921 tagende Mitgliedsversammlung des Fahrpersonals der Straßenbahn zu Bielefeld erachtet in dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ihre einzig zuständige Organisation. Aus dieser Ueberzeugung nimmt sie mit Entrüstung Kenntnis von den beabsichtigten Verschlechterungen ihrer Arbeitsverhältnisse in einem besonderen Tarif für das Straßenbahn-Fahrpersonal. Die Versammelten sind der Meinung, daß alle städtischen Arbeiter einschließlich Straßenbahner unter einem Tarif gehören, welche Auffassung ja auch mal kommunale Arbeitgeber hatten.

• Landstraßenwärter •

Craikshelm. Nach halbjährigen Verhandlungen ist endlich eine Vereinbarung über die Entlohnung der Straßenwärter der Amtskorporation Craikshelm zustande gekommen, nachdem vorher noch das Schiedsgericht angerufen werden mußte. Der Widerstand der Amtskorporation war äußerst hartnäckig. Es ist nur der Einigkeit der Straßenwärter in unserer Organisation zu verdanken, daß jetzt ein Ergebnis erzielt werden konnte. Zu rügen ist, daß einer der beiden Oberamtsstraßenmeister die Wärter immer wieder davon zu überzeugen versuchte, daß sich die Straßenwärter und auch alle übrigen Beamten mit den Lohnforderungen den Akt abgeben, auf dem sie sitzen, weil dann nach seiner Meinung der Staat Bankrott machen müsse. Er selbst ist deshalb, wie er sagt, ein Gegner aller Beamtenorganisationen. Immer wieder versuchte er, hinterherum mit den Straßenwärttern anzubandeln und die Organisation zu ignorieren. Es wurde ihm denn auch bei den Schlussverhandlungen von dem Kollegen Sebold klargestellt, daß wir uns unsere Rechte nicht von einem indifferenten Oberamtsstraßenmeister freitig machen lassen. Sein Kollege Weitz macht hieron eine rühmensewerte Ausnahme. Die Straßenwärter haben zum größten Teil landwirtschaftlichen Besitz und sind teilweise Selbstversorger oder Halbselbstversorger. Sie übernehmen die Arbeit im Ufford, so daß sie nicht gebunden sind, bestimmte Tage zu arbeiten. Um die zugestellte Strecke zu bearbeiten,

sind bei einzelnen Wärtern nur zwei Tage in der Woche erforderlich; bei anderen bis zu fünf Tagen. Hiernach richtet sich die Entlohnung und außerdem noch danach, ob Selbstverforger oder versorgungsberechtigt und ob die zugeteilten Kilometer mehr oder weniger Arbeit erfordern. Es beträgt zurzeit der niederste Jahreslohn 3400 Mk., der höchste 11300 Mk. Die Nachzahlung des höheren Lohnes erfolgt mit Wirkung vom 1. April 1921. Hierzu kommt noch Geschirrgeld, Grasnutzung, Mantel und Hut. Einem Teil der Wärter ist Gelegenheit geboten, durch Schlagen des Straenholzers über den festgelegten Satz zu verdienen. Das Ergebnis kann uns nicht voll befriedigen; es ist daher auch in der Zukunft Geschlossenheit in unserer Organisation notwendig, damit wir — dem Wortlaut der Vereinbarung entsprechend — die Bezüge jeweils den bestehenden Teuerungsv erhaltnissen anpassen können. Es ist erfreulich, daß die Kollegen trotz mancher Verlodungen und Drohungen und trotz der langwierigen Verhandlungen tapfer der Organisation die Treue gehalten haben. Ausdauer führt zum Ziel.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

**Gaukonferenz München** am 4. Dezember 1921. Anwesend waren 17 Kollegen, 5 Filialen waren unvertreten. Kollege Weigl erstattete den Tätigkeitsbericht. Die Arbeiten im Gau teilen sich seit Abglieferung des Gaues Augsburg und Gründung der Bezirke Deggendorf und Traunstein in zwei Arten. Erstens in die Tätigkeit über den ganzen Gau mit Lohnbewegungen, wo mehrere Millionen Mark herausgeholt wurden, und zweitens in die Agitation. Bedauerlich ist, daß durch die Bezirkssteilung dem Bezirk München die meisten Filialen verblieben sind. Es mußten neben den bezirkslichen Arbeiten auch die Gaubarbeiten geleistet werden. Beschieden wurde, ab 1. Januar 1922 einen Gaubeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Woche an den Gau zu erheben, dagegen wurde die Zusammenlegung von Filialen einstimmig abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ wurden Beschwerden und Wünsche, teils auch Ausfurungen durch Entgegennahme und weitere Verfolgung erledigt. — Die am 11. Dezember 1921 in Deggendorf tagende Konferenz beschloß nach Entgegennahme des Berichtes des Bezirksleiters Kollegen Weistopf, die Maßnahmen der Gauleitung auszuselben und der Verlesung des Bezirksleiters nach München zuzustimmen. Den Bezirksbeitrag von wöchentlich 20 Pf. pro Mitglied und Woche von jetzt ab als Gaubeitrag nach München zu leisten, wurde ebenfalls zugestimmt. — Dasselbe wurde auf der Bezirkskonferenz am 18. Dezember 1921 in Rosenheim für den Bezirk Traunstein nach erfolgtem Tätigkeitsbericht, den Kollege Philipp erstattete, einstimmig beschlosen. — Die drei Konferenzen waren vom besten Geiste getragen. Ueberall kam zum Ausdruck, daß mit neuem Eifer an die Arbeit gegangen werden muß, um die während der Revolution erlangenen Rechte zu erhalten. In dem Gebanten einig, daß der Teuerung entgegenzutreten und der Wucher aufs äußerste bekämpft werden muß, fanden die Konferenzen ihren Abschluß.

**Belehtes Rheinland.** Bei den Lohnverhandlungen am 20. Dezember vertrat der „Arbeitgeberverband der Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz“ den Standpunkt, daß eine weitere Lohnaufbesserung für den Dezember nicht notwendig sei. Er sei aber bereit, für den Januar eine mäßige Lohnaufbesserung zu geben. Nach längeren Verhandlungen und nachdem verschiedene Vorschläge zur Erzielung eines für beide Teile annehmbaren Resultats gemacht wurden, einigte man sich dahin, daß die Löhne der Gruppe 1 (Handwerker) um 2,60 Mk., die Löhne der Gruppe 2 bis 4 um 2,45 Mk. und die Löhne der Arbeiterinnen um 90 Pf. pro Stunde ab 1. Dezember erhöht werden. Die Grundlöhne der Gruppe 1 betragen somit ab 1. Dezember 12,20 bis 12,40 Mk., die der Gruppe 2 11,65 bis 11,85 Mk., Gruppe 3 11,35 bis 11,65 Mk., Gruppe 4 11,15 bis 11,45 Mk., Gruppe 5 (Arbeiterinnen) 7,05 bis 7,35 Mk. pro Stunde. Hausstands- und Kindergeld sind geblieben wie bisher und betragen je 4 Mk. pro Tag.

**Arsndorf l. S.** In der Generalsversammlung am 21. Dezember wurden gemat als Vorsitzender Erwin Leister, als 2. Vorsitzender Robert Ziegenbalg, als Kassierer Max Runath, als Schriftführerin Kollegin Thomas. Beschieden wurde, in der 1. Beitragsklasse einen Sozialzuschlag von 50 Pf., in der 2., 3. und 4. Klasse 30 Pf. zu erheben. Dem Vorsitzenden wurden 30 Mk. vierteljährliche Vergütung bewilligt. Zum Schluß wurden die Wahlen zum Ortsauschu des AOBV. vollzogen.

**Beuel.** Nach der Berichterstattung des Kollegen Sport. Bonn über die letzte Lohnbewegung im AOBV. „Rechtshelmsich“, die sich in ihrer Auswirkung in fast denselben Grenzen bewegte wie auf der anderen Seite des Rheins, beschloß die Versammlung, die Bemühungen zur Auszahlung der Besatzungszulage nicht ruhen zu lassen. Weshalb der AOBV. sich so dagegen sträubt, ist wenig verständlich, da diesem doch die Sache nichts kostet. Auch für die Rotstandsarbeiter wurde eine Lohnerhohtung von 1,60 Mk. ab 1. November erreicht.

**Bonn.** Die Versammlung der Gemeinbearbeiter am 20. Dezember nahm nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen den Be-

richt des Kollegen Sport über die letzte Lohnbewegung gegen, der eine Forderung von 5 Mk. pro Stunde zugrunde. Innerhalb des AOBV. schien Meinungsverschiedenheit über die Wichtigkeit dieser Aufbesserung zu bestehen. Denn wenn die weisung der Forderung in dieser Höhe der Margarinepreise in diesen Kreisen um andere Momente von Beweiskraft reden legen war. Die Löhne wurden mit Wirkung ab 1. Dezember auf die bereits seit diesem Tage gezahlten in der Handwerkergruppe um 2,60 Mk., in den anderen Gruppen um 2,45 Mk. und bei Frauen um 90 Pf. erhöht, so daß in der Distrikte A1 folgende Löhne gezahlt werden: Handwerker 12,20—12,40 Mk., ungelernete Arbeiter 11,65—11,85 Mk., ungelernete Arbeiterinnen 7,05—7,35 Mk. Die Resultate waren durch die Vereinbarung zwischen den Parteien endgültig; die Verhandlung erfolgte teilweise noch vor Weihnachten. — Die Versammlung über die Ansicht, daß in der Frage der Besatzungszulage noch nicht das letzte Wort gesprochen sei, denn wenn Rotstands Angestellte im besetzten Gebiet diese erhalten bei den gleichen haltlern wie ihre Kollegen im unbesetzten Gebiet, muß auch die beiderseits der Gemeinden daselbe zuteil werden.

**Braunschweig.** Wegen der immer mehr steigenden Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel war auf unserer letzten Gliederversammlung eine Grundlohnerhohtung von 2 Mk. pro Stunde rückwirkend vom 1. Oktober 1921 geordert. Da diesmal eine Lohndeputation die von uns verlangte 2-Mk.-Erhohtung nicht erreicht werden konnte, ging die Verhandlung in die Stadtverordnetenversammlung über. Der Vorsitzende Wuller berichtete nun, daß die Stadtverordneten den Grundlohn um 1,20 Mk. erhöht hätten und das Hausgeld um 20 Pf. pro Stunde rückwirkend vom 1. November. Nach der Erhohtung sind die Grundlöhne folgende: Gruppe I 9,15 Mk., Gruppe II 9,15 Mk., Gruppe III 8,85 Mk., Gruppe IV 8,85 Mk., Frauen 4,45 Mk. Dazu ein Hausstands-satz mit 1 Kind pro Stunde 50 Pf. und jedes weitere Kind pro Stunde 30 Pf. der Abstimmung wurde diese Lohnerhohtung angenommen. Er wurde noch über die Beitragserhohtung gesprochen. Der Zuschlag wurde mit 50 Pf. angenommen.

**Schwier.** In unserer Mitgliederversammlung am 22. Dezember erstattete Kollege Heineg Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Die Kollegen waren mit dem Erreichten zufrieden. Die Verhandlung wurde beauftragt, daß für zu sorgen, daß Schwierier nach der Klasse A 1 eingereiht wird. Nachdem Kollege Hoppe noch Bedenken gegeben, daß es auch in Schwierier mit unserer Bewegung zugeht und daß man dem Bauamt hinsichtlich der Agitation mehr Achtung schenken muß, wurde die Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** Die Löhne der städtischen Arbeiter, die stets hinter den Löhnen in der Privatindustrie zurückblieben, mußten um der herrschenden Teuerung Rechnung zu tragen, wiederholt ändert werden. Die städtische Arbeiterschaft reichte daher am 1. November 1921 beim Magistrat Lohnforderungen ein, die für Gruppen (1—6) eine Erhohtung von 3 Mk. pro Stunde verlangten. Ferner sollten die in den Krankenhäusern usw. beschäftigten Mädchen und andere Gruppen, welche Kost und Wohnung erhalten, im Tariflohn bekommen unter Abzug der jeweils geltenden für Kost und Logis. In der Verhandlung am 9. November dem Magistrat wurde folgende Vereinbarung getroffen: 1. Löhne der männlichen Arbeiter werden ab 1. November in allen Altersgruppen um 2 Mk. pro Stunde, die Löhne der weiblichen Arbeiter ab 1. November in allen Altersgruppen um 1,20 Mk. pro Stunde erhöht. 2. Das Haus- und Pflegepersonal in den städtischen Behörden erhält ebenfalls die Löhne der Tarifgruppen. Für städtische Arbeiter werden monatlich 480 Mk., für Wohnungszulage 45 bzw. 60 Mk. in Abzug gebracht. — Nach dieser Regelung betragen die Löhne ab 1. November 1921 für 24 Jahre alte Arbeiter in Gruppe 1 (gelernete Arbeiter) 9 Mk., in Gruppe 2 (ungelernete Arbeiter) 8,70 Mk., in Gruppe 3 (ungelernete Arbeiter) 8,50 Mk., in Gruppe 4 (gelernete Arbeiterinnen) 5,65 Mk., in Gruppe 5 (ungelernete Arbeiterinnen) 5,30 Mk. pro Stunde. Die Familienzulage, Kindergeldd beträgt wie bisher 20 Pf. pro Stunde. — Die Freunde aus dem christlichen Lager versuchten auch bei dieser Bewegung ihren bekannten Egoismus, indem sie gelohnete Forderungen einreichten, die hinter den von uns gestellten zurückblieben. Der Dank dafür war eine glatte Absfuhr, selbst von Seiten des Magistratsvertreter. Eng anstiehend an die Bewegung im November, folgte alsbald eine weitere Lohnbewegung im Dezember. Schon bei den Lohnverhandlungen im November wurde der Lohnkommissionen darauf hingewiesen, daß der Ausschuß nicht deshalb veranlasst, am 1. Dezember erneut Lohnforderungen an den Magistrat zu stellen. Beschieden wurde: Erhohtung der Löhne in allen Gruppen ab 1. Dezember um 4 Mk. pro Stunde. Die Erhohtung der im Tarifvertrage (Seite 50 Ziff. 4, 5, 7, 9) vorgesehenen Zuschläge um 100 Proz. Am 6. Dezember fand eine Verhandlung statt, in deren Verlauf die Vertreter des Magistrats erklärten, nicht in der Lage zu sein, auf die erhöhten Forderungen ein Angebot zu machen, da man erst das

Verhandlungen der Epochenorganisationen in Berlin mit der Regierung über Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter abwerten wollte. Diesen Vorschlag der Magistratsvertreter über die Lohnkommission ab. Im Laufe der folgenden Verhandlungen gelang es, eine Einigung auf nachstehender Basis zu erzielen, die auch die Zustimmung einer Verammlung der Arbeiter fand. Danach erhalten für die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1921 alle männlichen Arbeiter über 24 Jahre 1,50 M., bis 24 Jahre 1 M. pro Stunde Lohnverhöhung, vom 15. bis 31. Dezember 1921 nochmals alle männlichen Arbeiter über 24 Jahre 50 Pf. pro Stunde ein. Die Gesamtzulage für 1921 betrug somit ab 1. Dezember 1921 bis Januar 1922 für männliche Arbeiter über 24 Jahre 2,50 M. pro Stunde, über 20 Jahre alte 2 M. pro Stunde. Weibliche Beschäftigte über 20 Jahre erhalten für die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1921 1 M. pro Stunde, vom 15. bis 31. Dezember 1921 nochmals 20 Pf. pro Stunde und am 1. Januar 1922 eine weitere Lohnverhöhung von 20 Pf. pro Stunde. Die Gesamtzulage beträgt somit ab 1. Dezember 1921 bis Januar 1922 für über 20 Jahre 1,40 M., von 18 bis 20 Jahren 90 Pf. pro Stunde. Für Kostseits gewährte Kost und Wohnung werden 60 M. bzw. 615 M. berechnet. — Leider war es nicht unmöglich, auch für die Kollegen unter 20 Jahren etwas zu erzielen. — Nach Abschluß dieser Bewegung betragen die Löhne der städtischen Arbeiter für Dezember 1921, in Gruppe 1 (gelernte Arbeiter) über 24 Jahre 11,50 M., 20 bis 24 Jahre 10,40 M., 18 bis 20 Jahre 7,40 M.; Gruppe 2 (angelernte Arbeiter) über 24 Jahre 11,20 M., 20 bis 24 Jahre 10,05 M., 18 bis 20 Jahre 7,20 M.; Gruppe 3 (ungelernte Arbeiter) über 24 Jahre 10 M., 20 bis 24 Jahre 9,85 M., 18 bis 20 Jahre 6,95 M.; Gruppe 4 (gelernte Arbeiterinnen) über 24 Jahre 10,75 M., 20 bis 24 Jahre 6,70 M., 18 bis 20 Jahre 5,90 M.; Gruppe 5 (angelernte Arbeiterinnen) über 24 Jahre 10 M., 20 bis 24 Jahre 6,40 M., 18 bis 20 Jahre 5,45 M.; Gruppe 6 (ungelernte Arbeiterinnen) über 24 Jahre 6,70 M., 20 bis 24 Jahre 6,05 M., 19 bis 20 Jahre 5,15 M., 18 bis 20 Jahre 3,80 M. Hoffentlich werden nunmehr den indifferenten Kollegen die Augen geöffnet, daß es nur mit der harten Organisation möglich ist, bessere Lohnverhältnisse zu erzielen.

In der Verammlung der Vertrauensleute und Beauftragten am 13. Dezember hielt Genosse Plottke einen Vortrag über die Erörterung der Verhältnisse der Staatswirtschaftsbetriebe. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Eine sachliche Aussprache folgte, in der Kollege Blach vorschlug, sich auf den Inhalt der Resolution zu stellen, die die Berliner Gewerkschaften in ihrer Plenarversammlung am 30. November 1921 gefaßt haben. Er empfiehlt er die aufmerksame Lektüre des Artikels in der „Gewerkschaft“: „Die Gewerkschaften fordern Erlassung der Resolution“. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme folgender Resolution:

In der am 13. Dezember 1921 tagende Verammlung der Vertrauensleute und Beauftragten der Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter in Leipzig stimmte, sich auf den Boden der von den Vorständen des Reichs- und des Provinzialverbandes aufgestellten Forderungen zu stellen. Die Verammlung hält diese Forderungen als das Mindestmaß dessen, was die Verhältnisse der Arbeiter im Reich geordert werden muß. Die Vertrauensleute und Beauftragten fordern deshalb, daß endlich auch die besitzenden Klassen zur Steuerleistung der Tragung der Kosten aus dem Kriege und seinen Folgen herangezogen werden. Ganz entschieden protestieren die Vertrauensleute und Beauftragten gegen die vom Reichsverband der Deutschen Industrie aufgestellten Forderungen in der Frage der Kredithilfe, die als eine Probe des merikanischen Volkes aufgestellt werden müssen. Von der Reichs- und Provinzialverbände wird die Vertrauensleute und Beauftragten, die über die Forderungen der Arbeiter vertreten, daß die Forderungen des Reichs- und Provinzialverbandes nicht als Ganzes durchgeföhrt werden, und daß andererseits, so genau den Widerstand der besitzenden Klassen. Von den Vorständen des Reichs- und des Provinzialverbandes fordern die Vertrauensleute und Beauftragten, ihren ganzen organisatorischen Einfluß auszubieten, sich die Realisierung für die Erfüllung dieser Forderungen einzusetzen. Diese Forderungen nicht entprochen, so steht die Leipziger Gesamtheit des Reichsverbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter geschlossen den Vorständen, Sie wird diese in ihren Bestrebungen, ihre Forderungen zur Erfüllung zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Die gesamten Arbeitnehmer Leipzigs fordern, daß endlich ein solches

Genosse Blach berichtete dann, daß die Verbandsfunktionäre des Arbeitgeberverbandes neue Lohnforderungen eingeleitet haben, und zwar wird eine Erhöhung des Stundenlohnes von 50 Pf. und falls die Verhandlungen nicht vor Weihnachten zum Abschluß kommen, eine Vorschusszahlung von 500 M. für Verheiratete und 200 M. für Ledige verlangt. Kollege Fleischher stellte den Antrag, die von einigen Gaswerken aufgestellte Forderung, eine Vorschusszahlung von 1000 M. vom Rat der Stadt Leipzig zu verweigern, einer Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Er protestierte auch dagegen, daß die Lohnforderungen ohne Mitwirkung der Tarifkommission an den Arbeitgeberverband eingereicht worden sind. Nachdem die Unmöglichkeit des Antrages fleischer hervorgehoben wurde, fiel der Antrag gegen einige Stimmen unter den Tisch. Der Einwurf, eigenmächtig Lohnforderungen gestellt zu haben, fand seine Begegnung darin, daß die Landbestarfskommission sich schon vor 14 Tagen mit dem Antrag auf 5 M. Stundenlohnverhöhung beschäftigt und ihn zurückgestellt habe. Die Gauleitung wurde von ihr beauftragt, die Entwicklung im Auge zu behalten. Da inzwischen die Epochenorganisationen neue Forderungen aufgestellt hatten und um ein Resultat noch vor Weihnachten zu erzielen, haben die Verbandsangestellten anläßlich einer Zusammenkunft wegen der Ruhegehaltordnung beschlossen, von einer zeitraubenden nochmaligen Einberufung der Kommission abzusehen und die Forderungen sofort einzureichen.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Ver einbarung zwischen den Vorständen der Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Maschinisten und Heizer. Bei der Durchführung von Lohnbewegungen in städtischen und gemeinwirtschaftlichen Betrieben kam es wiederholt zu Streitigkeiten zwischen den Verbänden oder den Funktionären der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Maschinisten und Heizer. Streitobjekt war in allen Fällen die Mitwirkung der Organisationen bei Tarifabschlüssen. Zur Beilegung dieser Streitigkeiten haben mehrfach Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden Organisationsvorstände unter Leitung des Bundesvorsitzenden stattgefunden, die am 14. April zur Formulierung einer Vereinbarung führten, die vorbehaltlich der Zustimmung beider Verbandsvorstände Geltung haben sollte. Meinungsverschiedenheiten machten eine weitere Verhandlung am 7. November nötig, in der dann beide Vorstände der Vereinbarung zustimmten. Diese lautet wie folgt: „Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erkennt die im § 37 der Bundesstatuten vorgeschriebene Pflicht an, bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen, an denen der Verband der Maschinisten und Heizer mitbeteiligt ist, oder voraussichtlich durch sie in Mitleidenschaft gezogen werden kann, sich rechtzeitig mit diesem Verbande zu verständigen und über ihre Durchführung zu einigen, d. h. auch Tarifverträge gemeinsam abzuschließen. Diese Pflicht gilt nicht, wenn im Sinne des Wortlautes des § 37 nur einzelne Mitglieder des Verbandes der Maschinisten und Heizer oder einer anderen Gewerkschaft in Frage kommen. Der Verband der Maschinisten und Heizer beansprucht nicht, über vorkommenden Rahmen hinaus zu den vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter oder einer anderen Gewerkschaft geführten Lohnbewegungen hinzugezogen zu werden. Er erkennt an, daß es zweckmäßig ist, wenn der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die allgemeinen Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter möglichst einheitlich durch Rahmenverträge regelt. Soweit es sich jedoch um die Regelung der Löhne und besonderer beruflicher Fragen handelt, wobei auf die von den Berufsorganisationen für die außerhalb der Gemeindebetriebe beschäftigten Berufsgenossen abgeschlossenen Konditionen Betracht genommen werden muß, besteht der Verband der Maschinisten und Heizer darauf, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und jede andere Gewerkschaft ihn vor dem Abschluß eines Vertrages in Kenntnis setzt und Gelegenheit zur Mitberatung gibt.“

• Rundschau •

Neuer Geist. Zeiten verrinnen; Menschen kommen und gehen; immer Neues, immer anderes. „Alles fließt“, so sagte schon der alte griechische Philosoph. Ewige Entwicklung ist die Welt, so sagen wir heute, und das ist des Menschen natürliche Art, hineinzuwachsen in diese Entwicklung, entwicklungsgeschichtlich zu denken, vorurteilsfrei vorauszuschauen. Aber da steht so manches starr am Alten; da kann es nicht los von alter Gewohnheit, da kann es nicht frei sein von ererbter Gedankenwelt. Und wenn der Mensch sich auf einem bestimmten Gebiete vom Alten loslogte, wenn er in bestimmten Fragen und Problemen eine neues erkennt, dann hält er sich so oft für lebendig und modern und sieht nicht, wie er im ganzen genommen nichts als reaktionär ist. Der Mensch ist das höchste Produkt der Entwicklung, und da ist es seine natürliche Aufgabe, an der Spitze der Entwicklung zu marschieren, die Entwicklung auf allen Gebieten bewußt vorwärts zu drängen zum Neuen. Das geschieht aber nicht durch Neufertigkeiten, durch Wirklichkeitsbilder oder schöne Worte. In der Seele offenbart die Entwicklung ihre Höhe, und wenn die Seele der Mensch und der Mensch Seele ist, dann ist der Mensch ein Träger des Weltgedankens, ein Pionier der Zukunft. All die vielen Fragen der Lebensweisheit und Selbsterziehung und Daseinskultur, die den Tag beherrschen, sie sind nur kleine Fünkchen im Ringen um den neuen Tag. Wärme und lebendige Freude bringt die Sonne allein, das neue Dasein, die von Grund aus neue Welt des Proletariats. Doch nur,

wenn auch ein neuer Mensch, der neuen Ordnung neue Seele gibt. Der kapitalistisch eingestellte Mensch ist nicht ein Mensch des neuen Tags. Und das Leben von heute, die Erziehung der Jahrhunderte hat den Menschen kapitalistisch, egoistisch durchleuchtet. Da gilt es, von Grund auf neu zu denken, neu zu fühlen, — zu wollen, mit kritischem Blick sich selbst betrachten und sein Tun und Leben und mit eisernem Willen hineinzuwachsen in die Idee des gestaltenden Kampfes.

**Die neuen Postgebühren.** Vom 1. Januar 1922 ab sind die neuen Postgebühren in Kraft getreten. Hiernach müssen gezahlt werden: Für die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 Mk. Für den Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1,25 Mk., über 20 bis 250 Gramm 2 Mk.; im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 2 Mk., über 20 bis 100 Gramm 3 Mk., über 100 bis 250 Gramm 4 Mk. Drucksachenkarte 40 Pf. Drucksache bis 50 Gramm 50 Pf., über 50 bis 100 Gramm 1 Mk., über 100 bis 250 Gramm 2 Mk., über 250 bis 500 Gramm 3 Mk., über 500 bis 1000 Gramm 4 Mk. Ansichtskarten mit 5 Grußworten 40 Pf. Geschäftspapiere bis 250 Gramm 2 Mk. Warenproben bis 250 Gramm 2 Mk. Päckchen bis 1 Kilogramm 4 Mk. Pakete bis 5 Kilogramm in der Nahzone (bis 75 Kilometer) 6 Mk., in der Fernzone (über 75 Kilometer) 9 Mk. Telegramme für jedes Wort 1 Mk., mindestens 10 Mk. Postgebühren für Beträge bis zu 100 Mk. 75 Pf. Blindenschriftsendungen bis 3 Kilogramm je 500 Gramm 10 Pf. Einschreiben 2 Mk. Diese Sätze gelten für den inneren deutschen Verkehr (einschließlich Saargebiet), sowie Freie Stadt Danzig und Memelgebiet; mit Ausnahme der Paketgebühren auch für Oesterreich und Westpolen (die an Polen abgetretenen Gebiete).

**Professor Dr. Ernst Franke †.** Am 23. Dezember 1921 ist der bekannte bürgerliche Sozialpolitiker Dr. Franke in einer Klinik in Freiburg im Breisgau gestorben. Franke war 1852 geboren, hatte also bei seinem Tode das 69. Lebensjahr überschritten. Von 1872 ab studierte er in Straßburg i. E., Göttingen und Leipzig Philosophie, Naturwissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Später wurde er leitender Redakteur des „Frankfurter Kurier“ in Nürnberg, der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und des „Hamburger Korrespondenten“. Nachdem 1897 Freiherr von Berlepsch, Professor Schmoller, Dr. Koenig, Hise und andere die im Jahre 1891 von dem Sozialdemokraten Dr. Heinrich Braun gegründete und von Professor Jaffrow fortgeführte Zeitschrift „Soziale Praxis“ übernommen hatten, wurde Professor Franke zu ihrem Leiter berufen. Von da ab übte Franke Bedeutung als Sozialpolitiker. Er hatte bald tätigen Anteil an dem Zustandekommen der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ im Jahre 1900 und an der Gründung der „Gesellschaft für soziale Reform“. Letzterer hat er bis 1913 als Generalsekretär und von da bis zu seinem Tode als stellvertretender Vorsitzender und schließlich als Vorsitzender vorgestanden. 1904 schuf Franke das „Bureau für Sozialpolitik“, das gleichsam Sammelplatz und Exekutive der Kathedersozialisten wurde. Als Sozialpolitiker hat Professor Franke auch wiederholt Fühlung mit unserem Verband genommen und zu seinem Teil versucht, der Misere der Krankenpflege entgegenzuwirken. Als Gewerkschaftler und Sozialist sehen wir Franke und seinen Anhänger kritisch gegenüber, weil sie glauben, mit dem Mittel der Sozialreform die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit überbrücken und ausgleichen zu können. Trotzdem muß es Franke hoch angerechnet werden, daß er mit seinen Freunden den sozialpolitischen Kampf mutig weiterführte zu einer Zeit, als die Sozialreform infolge des immer stärker anschwellenden Unternehmergeheils von den erdrückenden Lasten der Sozialpolitik fast vollständig zum Stillstand kam. Wilhelm, der Wuchopath auf dem Kaiserthron, behauptete sogar, daß für den Arbeiter bis ins hohe Alter gelorgt sei, und der im Dienste des Zentralverbandes der Industriellen stehende Professor Leidig erhob das Schlachtschrei: „Die geilen Triebe am Baum der Sozialpolitik müssen beschnitten werden.“ Die Meinung des Unternehmertums ist auch heute noch nicht anders. Der Kampf um Weiterführung der Sozialpolitik muß aber von den Arbeitern selbst energisch weitergeführt werden, bis die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaftsordnung umgewandelt ist.

**Ein Tannenbaum im Schwarzwald steht.**

Ein Tannenbaum im Schwarzwald steht,  
Sein Haupt empor ins Blaue geht,  
Da steigt sein grünes Haar.  
Die Wurzel hat den Erdengrund  
Gar inniglich erfaßt;  
Und darum bleibt der Baum gesund  
Wie Süd und Nord auch raft.  
Doch alles, was auf Erden ist,  
Muß haben seine Zeit:

Und auch der Baum zu seiner Frist  
Zum Fällen ist bereit,  
Dann schneidet man ihn, dann führt  
man ihn  
Den grünen Rhein entlang,  
Auf Donau, Spree, nach Wien, Berlin  
Mit hellem Sang und Klang.  
O Valentius, o Freiheitsbaum!  
So jugendlich und grün:  
Wie wirst du, alter Menschentraum,  
Dann ewig, ewig blühen.  
Gottfried Keller.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter v. R. in der Reichshauptstadt Berlin, Postfach 100, bei der Buchhandlung von Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 3.

**Verbandsteil**

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

Den Filialen sind die Fragebogen über Organisationsangelegenheiten nebst entsprechender Zahl Hilfsfragebogen (sowie einem zu erfüllenden Anschließenden) zugegangen. Wir bitten, der Besorgung des Fragebogens die größte Aufmerksamkeit zu schenken und bei Ausfüllung des Bogens streng nach den Anweisungen des Schreibens zu verfahren. Der ausgefüllte Fragebogen ist bis zum 20. Januar 1922 der Hauptverwaltung, Berlin SO, Hauptbahnhofstr. 15, einzufenden. Jeder dem Hauptvorstande zugehende Fragebogen ist mit Filialstempel und Namen des Filialleiters zu versehen. Von dem ausgefüllten Fragebogen ist eine Kopie an die Filialen beizufügen.

Bei Bedarf sind weitere Hilfsfragebogen sofort von der Hauptverwaltung einzufordern. Der Verbandsvorstand.

Das endgültige Resultat der Urabstimmung über die Beitragserhöhung ist nunmehr folgendes: Es stimmten 147 356 gleich 51,7 Proz. der Mitglieder, davon 118 100 ja und 32 277 mit nein. Der Verbandsvorstand.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

(Eine Besprechung der eingegangenen Bücher und Schriften behält sich die Redaktion vor.)

**Frauen, Freiheit und Friede.** Vortrag, gehalten in der Wiener Friedensgesellschaft in Wien. Von Rudolf Goldschmidt. Aufsätze, Nr. 2/24. Verlag Walter Eulenburg, Wien-Kreuzgasse 3.— Mark.

**Betriebsratsbildung.** Bericht über eine Sachverständigenkonferenz der Gesellschaft für Soziale Reform. Vortrag des Ingenieur F. W. Müller, nebst Diskussionsbeiträgen. Verlag: Gustav Fischer, Jena, 1921. Preis 7 Mk.

**Berufsrecht und praktische Berufserziehung.** Abhandlungen der Gesellschaft für Soziale Reform. Bericht über die 8. Versammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Verlag: Gustav Fischer, Jena, 1921. Preis 19,50 Mk.

**Dinge des Jenseits.** Zweiter Band der ersten Reihe der „Populären Probleme“. Zeit — Ewigkeit. Raum — Unendlichkeit. Eigenheit seiner Weltanschauung. Von Max Müller. 1921. 2. Aufl. G. m. b. H., München. Preis 20 Mk. — Das gewaltige Problem der Ewigkeit, Raum und Unendlichkeit und von der Weltanschauung des Einzelnen bedeutet der Verfasser. Einleuchtend, klar und ausfüllend herangezogen und durchsprachen.

**Kans Pankse.** Sein Leben und Wirken. Von seinem engeren Mitarbeiter Magnus Schwantze. Ein Lebensbild. Rindskopf & Fischer, Berlin, 1921. Preis 4 Mk.

**Die Frau in der internationalen Frauenbewegung.** Von der Redaktion der „Frauenbewegung“. Mit Beiträgen von Rosa Luxemburg, Bruno Schönschlag, Otto Janssen. Die dritte Ausgabe des Berichts der 1. Internationalen gewerkschaftlichen Konferenz in Basel 1921. Verlag: Sozialistische Genossenschaft, Gera, 1921. Preis 2,50 Mk.

**Die Filiale Bremen**

Sucht zum baldigen Antritt einen zweiten Anzeigenden. Bewerber mindestens 5 Jahre freigeberberuflich organisiert und in Form von Arbeiterlagern bewandert sein. Sie müssen alle Bewerberarbeiten selbst die Kassenführung, erledigen und auch die Verbandsarbeiten außerhalb hin vertreten können. — Das Gehalt richtet sich nach den Sonntagsbeschlüssen mit Zulagen.

Verhandlungen mit Überbild über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis 21. Januar 1922 an Julius Wagner, Postfach 100, zu richten.

**Filiale Essen-Ruhr**

Sucht zum sofortigen Eintritt einen Kassierer. Bewerber müssen freigeberberuflich und politisch organisiert sein. Der Kassierer muß die Lage sein, eventuell praktisch in die Agitation einzutreten zu können. Bewerbungen ist ein ausführlicher Lebenslauf sowie ein Antrag auf Tätigkeit eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen. Zuschriften an die Filiale „Bewerbung“ zu versehen und bis zum 13. Januar 1922 an die Filiale Essen, Frohnhauser Str. 61, einzufenden.